

nebensächlich sei, durch welche konkreten Maßnahmen die Vollbeschäftigung erhalten worden ist. Diese Ansicht scheint mir eher gefährlich zu sein. Denn sie wiegt die Wirtschaftspolitik bzw. ihre Träger in dem falschen Glauben, daß man ohnehin die geeigneten Instrumente bei der Hand habe, um allen Widrigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung effektiv begegnen zu können. Ich neige eher der Auffassung zu, daß kein geeignetes Instrumentarium dieser Art besteht.

Es wäre aber verfehlt, aufgrund dieser und/oder ähnlicher Überlegungen in den totalen Pessimismus zu verfallen. Wichtig sind vielmehr zwei Erkenntnisse: daß erstens staatliche Maßnahmen in aller Regel nicht mehr kurzfristig wirken, sondern über einen längeren Zeitraum betrachtet werden müssen. Daher sollte nicht länger die Erarbeitung kurzfristiger Maßnahmen im Mittelpunkt stehen, sondern die mittel- und längerfristige Orientierung einer als staatlicher Aufgabe verstandenen Beschäftigungspolitik. Die zweite Erkenntnis sollte sein, daß bei längerdauernden Rezessionstendenzen, die wir bisher nicht gehabt und gekannt haben, die alten, bisher erfolgreichen Rezepte nicht mehr ausreichen.

Wenn sich alle Industrieländer für einen längeren Zeitraum auf niedrige oder gar keine Wachstumsraten einstellen müssen, so erzwingt dies eine Änderung des Basiskonsenses in Wirtschaft und Gesellschaft. In Teilbereichen ist dies bereits erfolgt. Seit einigen Jahren betreiben die Gewerkschaften eine Einkommenspolitik, die auf die Erfordernisse der Konkurrenzfähigkeit in Verbindung mit der Hartwährungspolitik genau abgestimmt ist. Ein weiterer wichtiger Bereich wäre Strukturpolitik, insbesondere Forschungs- und Technologiepolitik. Hier sind zwar erste Ansätze vorhanden, eine exakte Zieldefinition und ein Konsens über geeignete Mittel zur Erreichung des Zieles fehlen aber bisher.

Im Zeitalter der weltwirtschaftlichen Integration ist es jedoch für ein einzelnes Land – auch für ein großes – nicht möglich, beschäftigungspolitisch einen Alleingang durchzustehen, d. h. sich gegenüber der internationalen Wirtschaftsentwicklung vollständig abzuschotten. Eine wirtschaftspolitische Neuordnung hat daher in einem internationalen Rahmen zu erfolgen. Zinspolitik, Arbeitszeitpolitik, die Haltung gegenüber der Dritten Welt, Umweltpolitik – all das erfordert einen internationalen, wenn auch nicht unbedingt weltweiten Konsens. Da ein solcher kaum über Nacht entstehen kann und sich auch bisher nicht abzeichnet, ist hier mit einer langen Ausreifungszeit zu rechnen.

Das Generalthema dieses Bandes lautet Expansion, Stagnation und Demokratie. Über Demokratie habe ich bisher nicht gesprochen, obwohl sie die Grundvoraussetzung für den Erfolg dieser Politik ist. Sowohl auf nationaler Ebene als auch auf internationaler Ebene bedarf es eines neuen auf demokratischer Grundlage stehenden Basiskonsenses, wobei sich die konkrete Ausformung der Demokratie den geänderten Umständen anpassen muß. Die österreichische Sozialpartnerschaft mit ihrer bewiesenen immensen Lernfähigkeit ist sicher ein erster Schritt in diese Richtung. Sie wird sicher weiterhin lernen müssen, etwa wie „heiße Eisen“, die aufgrund des verringerten Finanzierungs-